

# 50 Jahre Juso-Linkswende – Geschichte und Zukunftsperspektiven

## Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Jan Dieren, Thilo Scholle und Stefan Stache<sup>1</sup>

Foto: Juso-Bundesbüro, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



Das Jahr 1969 ist mit Ereignissen und politischen Kämpfen verbunden, die in medialen Geschichtsbildern, gesellschaftspolitischen Kontroversen und Alltagsdebatten bis heute eine prominente Rolle spielen: So etwa die häufig als Projektionsfläche bemühten 68er und Forderungen nach einem Bruch mit der politischen Kontinuität des Faschismus sowie nach politischen und kulturellen Öffnungen, die Zweite Frauenbewegung, Willy Brandt als erster sozialdemokratischer Bundeskanzler einer sozialliberalen Koalition und seinem Versprechen, mehr Demokratie zu wagen. Geschichtliche Unterhaltungsendungen präsentieren Aufnahmen von Demonstrationen und Straßenkämpfen seriell in dramatischen und mystifizierenden Bildern neben dem Woodstock-Festival und der Mondlandung.

Prägende gesellschaftliche Entwicklungen nahmen in den Jahren um 1968 auf den ersten Blick ihren Anfang. Jene kurze historische Phase ist jedoch Teil weit umfassenderer ökonomischer, sozialer und politischer Entwicklungsdynamiken, die bereits in den 50er Jahren begannen und sich z.B. in der studentischen Protestbewegung am deutlichsten verdichteten. Diese Phase lässt sich als Teil einer Ausdifferenzierung von Mentalitäten und Milieus verstehen, deren jüngere Generationen – in Auseinandersetzung mit dem als autoritär-hierarchisch empfundenen Alltag und etablierten Institutionen – modernere und selbstbestimmtere Lebensweisen und mehr demokratische Teilhabe einforderten. Ein Treiber jener Auseinandersetzung war auch der Widerspruch zwischen steigendem, gewerkschaftlich erkämpftem Wohlstand und Konsumverheißungen für wachsende Teile der Bevölkerung einerseits sowie den eher restriktiven Alltagskonventionen andererseits. Die kritischen Ereignisse, wie die des 2. Juni 1967 oder des Attentats auf Rudi Dutschke, nicht zuletzt

<sup>1</sup> Jan Dieren ist stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender. Er ist Jurist und lebt zwischen Ruhrgebiet und Niederrhein.

Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

Stefan Stache ist Chefredakteur der spw und lebt in Hannover.

die autoritären Abwehrreaktionen der etablierten Autoritäten, forderten viele zum Protest heraus. Beflügelt auch durch die Erfahrungen der Studierendenproteste und die widersprüchliche Praxis demokratischer Öffnungen sowie Blockaden in der SPD trat ein zunehmender Teil der Jusos für radikalreformerische bzw. sozialistische Positionen und mehr demokratische Partizipation ein und trug damit zur Öffnung der Partei nach links bei. Michael Vester arbeitet die hier angedeuteten Bedingungsbeziehungen der Protestbewegungen Ende der 60er Jahre mit einer mehrdimensionalen historischen Analyse heraus und erläutert u.a. auf welche Weise die entscheidenden Akteursgruppen der kritischen akademischen Intelligenz, der Aktivist\*innen der Arbeiter\*innenbewegung, der kulturellen Avantgarden sowie der neuen demokratischen Jugendkultur in Schulen und Hochschulen zusammenwirkten. Eine zentrale Rolle spielten auch neue politische Allianzen der Linken mit dem liberalen Bürgertum. Die Veränderungen in den Mentalitäten in Richtung eher postmateriel-ler Wertmuster sei nicht „rein ‚kulturalistisch‘“ zu verstehen, „sondern im Zusammenhang mit den neueren Veränderungen des Kapitalismus und mit der politischen Perspektive einer solidarischen, nachkapitalistischen Gesellschaft. Es ging um die emanzipatorische Aneignung der mit dem Wachstum der ökonomischen Produktivkräfte erweiterten Möglichkeiten der Selbstbestimmung und Solidarität.“ Die entscheidenden Unterschiede in der Aneignung der neuen Möglichkeiten bestanden jedoch nicht zwischen den Generationen, sondern zwischen den Milieus und Klassen, so *Vester*. Die neue Linke konnte an den neuen Alltagserfahrungen und Bedürfnissen nach mehr Selbstbestimmung und Autonomie erfolgreich anknüpfen. Die Klassen und Milieus seien im Zuge dieses Wertewandels nicht verschwunden, sondern hätten sich ausdifferenziert.

Die Linkswende der Jusos auf ihrem Bundeskongress in München im Jahr 1969 war kein schlichtes Resultat einzelner Entscheidungen und Debatten innerhalb des Verbandes, sondern ein Ergebnis von längerfristigen Debatten und Strömungauseinandersetzungen, die Ausdruck wesentlicher gesellschaftlicher Entwicklungen und Konfliktlinien waren. *Simone Burger* erinnert an

die Auseinandersetzungen des Münchener Kongresses und stellt den Anspruch der Jusos nach Autonomie von der Partei in eine längere historische Traditionslinie. Wie sich Gesellschaftsverständnisse, Diskurse und Strategien der unterschiedlichen Juso-Strömungen seit dem Ende der 60er Jahre entwickelten, stellt *Thilo Scholle* dar. Sein Beitrag behandelt u.a. Kontinuitäten und Brüche in den Debatten um die Herforder Thesen bis Anfang der 80er Jahre, die 53 Thesen Ende der 80er Jahre oder das Papier „Neue Zeiten denken“ um die Jahrtausendwende.

Unter teils grundlegend anderen Bedingungen beobachten wir heute wieder ein Aufstreben neuer sozialer Bewegungen, von Protesten und neuen Protestformen. Arbeitskämpfe mit teils neuen Arbeitskampfformen haben auch in Deutschland stark zugenommen. Zugleich ist auch die Aufmerksamkeit auf die teils stärkere Politisierung und das Engagement von jungen Menschen angestiegen. Wir befinden uns mitten in einer neuen Welle der feministischen Bewegung und der Umweltbewegung. Queere Politik ist heute in den modernen, progressiven Milieus kein randständiges Thema mehr.

Zugleich stecken sozialdemokratische Parteien fast überall in Europa in der Krise. Ein entscheidender Grund hierfür liegt in der teils neoliberal orientierten Strategie und Politik des dritten Weges der New Labour-Sozialdemokratie der 2000er Jahre und auch in den unzureichenden oder falschen Antworten auf die sich zuspitzenden gesellschaftlichen Mehrfachkrisen. Beispielsweise machte nicht nur die SPD selbst nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise große Zugeständnisse an die Politik der Austerität.

Der ehemalige Juso-Bundesvorsitzende *Benjamin Mikfeld* kritisiert in der Gesprächsrunde mit spw u.a., dass die SPD durch die Diskurse und Logiken der Neuen Mitte ihre Wählermilieus verunsichert habe und in den letzten Jahrzehnten in eine intellektuell-strategische Krise geraten sei.

Die SPD habe, so *Max Reinhardt* in seinem Beitrag, mit dem Aufstieg der Politik der Neuen Mitte seit Ende der 90er Jahre und dem einseitigen Einfluss der Parteirechten ihren Charakter als Volkspartei eingebüßt und schließlich verlo-

ren. Sie sei immer auch „Volks- und Bewegungspartei“ gewesen, indem sie hohe Mitgliedszahlen aufwies, zeitweise in den Bundesländern absolute oder im Bund hohe relative Mehrheiten der Stimmen mobilisierte, im Alltag präsent und verankert war, durch die Außerparlamentarische Opposition und die Neuen Sozialen Bewegungen erneuert wurde und die entscheidenden Themen artikuliert und repräsentierte. Die Öffnung der SPD erfolgte jedoch nicht nur nach links, sondern in den 50er und 60er Jahren auch in nichtsozialdemokratische konservative u.a. kirchlich gebundene Arbeitnehmer\*innengruppen. Ihre Hochzeit erlebte sie als flügelübergreifende pluralisierte Volkspartei in den 60er, 70er und 80er Jahren, der Einfluss der Parteilinken war in den 80er Jahren besonders hoch. *Reinhardt* skizziert die zentralen Auseinandersetzungen zwischen den Parteiströmungen und die Öffnung der SPD nach links, in der die erstarkende SPD-Linke, u.a. mit linken Gewerkschafter\*innen, mit Feminist\*innen sowie mit Umwelt- und Friedensaktivist\*innen, die Ausrichtung der Partei als partizipatorische Arbeitnehmer\*innenpartei vorantrieb. Die SPD habe sich fortan allerdings immer stärker im Spannungsverhältnis zwischen einer marktorientierten Staatspartei und einer transformatorischen Bewegungspartei befunden. Trotz einiger Brüche sei die SPD in den 70er und 80er Jahren im Verhältnis zu den Neuen Sozialen Bewegungen viel weiter als heute gewesen.

Allerdings befinden sich nicht alle sozialdemokratischen Parteien auf dem Pfad einer Marginalisierung. In Spanien und Portugal gelang ihnen eine Revitalisierung als führende Kraft eines Linksblocks. In Großbritannien zeigte sich ihre Rekonstruktion als integrative Partei der Linken – zumindest bei den letzten Unterhauswahlen. In Schweden, Finnland und Dänemark konnten sich die sozialdemokratischen Parteien stabilisieren, wenn auch teils prekär.<sup>2</sup> Wichtig erscheint die Frage, welchen Stellenwert die ökonomische, politische und gesellschaftliche Scheidelinie zwischen Kapital und Arbeit in aktuellen gesellschaftlichen Debatten noch hat. Ein Thema der Jusos der Linkswende-Zeit war die Kritik der

Sozialdemokratie als einer nur noch reformistischen und nicht mehr auf eine Überwindung des Kapitalismus zielenden Partei. Wäre es heute die dringendste Aufgabe für die Jusos, die SPD überhaupt wieder zu einer reformorientierten Partei zu machen? Im Vergleich zu ihrer Ausrichtung an der Politik der Neuen Mitte ist selbst die unzureichende linke Reformpolitik der Partei ein Fortschritt. Für (junge) Sozialist\*innen in der SPD geht es jedoch darum, die Überwindung kapitalistischer Verhältnisse mit einer systemverändernden Reformpolitik zu erreichen. Diese Reformpolitik wird in spw unter dem Begriff der *strukturellen Reformen* diskutiert. Daher geht es um eine Partei, die langfristig eine sozial-integrative Reformpolitik verfolgt und auch möglichst breite Teile der eher solidarisch eingestellten Gruppen im Bündnis mit linken Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen einbeziehen kann. Die Demonstration unter dem Motto „unteilbar“ deuten nach Ansicht der ehemaligen Juso-Bundesvorsitzenden *Franziska Drohsel* darauf hin, dass eine solidarische und auch kapitalismuskritische Mobilisierung über unterschiedliche Gruppen und verschiedene Wahrnehmungen vielfältiger Ungleichheit hinweg möglich ist. Solche politischen Mobilisierungen setzen umfassendes und langfristiges soziales Kapital und die Arbeit an programmatischen Synthesen und Kompromissen voraus. Die SPD muss sich dieses soziale Kapital teils erst wieder von Grund auf erarbeiten. Dies zeigen besonders die Wahlergebnisse bei den jüngeren und weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern bei der Europawahl.

Systemverändernde Reformen erschöpfen sich, wie die Beiträge aus dem Juso-Bundesverband unterstreichen, nicht in der schrittweisen Verbesserung des Bestehenden und in der Revision falscher Politik oder gar in der bisherigen Regierungslogik. *Jan Dieren* vertritt in seinem Beitrag die Einschätzung, dass wir heute eine tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzung erfahren, die Ausdruck einer grundlegenden Weiterentwicklung unserer Produktivkraft ist. Die sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Dynamiken unserer Gegenwart liefern, so schlussfolgert er, auf eine Alternative hinaus, vor die wir gestellt sind: Die Alternative zwischen Sozialismus oder Barbarei. Wie eine transformatorische Politik der SPD aussehen könnte, wodurch die Sozialdemo-

2 Zu den Ursachen der Repräsentationskrise der europäischen Sozialdemokratien und den unterschiedlichen Pfadentwicklungen siehe Uwe Kremer, Thilo Scholle, Stefan Stache: Europäische Sozialdemokratie – zwischen Krise und Erneuerung. Einleitung zum Hefeschwerpunkt, in: spw 221, 4/2017.

kratie einen politischen Weg über kapitalistische Verhältnisse hinaus und zum Sozialismus erarbeitet und vertritt, zeigt *Annika Klose* in ihrem Beitrag. Sie arbeitet heraus, dass eine solche Politik sowohl institutionelle Schritte und Reformen als auch die Einbeziehung gesellschaftlicher Bewegungen beinhalten muss. *Katharina Andres*, *Matthias Glomb* und *Sepp Parzinger* stellen dar, wie die entsprechenden inhaltlichen und strategischen Debatten im Juso-Bundesverband heute verlaufen und erklären, welche Konsequenzen der Juso-Bundesvorstand aus diesen Debatten in seiner programmatischen Arbeit zieht.

Die Ausrichtung der SPD auf systemverändernde bzw. grundlegende Strukturreformen würde dabei den Kampf um politische Themen entlang der Linie des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit einschließen – vielleicht wäre der Kampf um Themen der Arbeitsbeziehungen eine der notwendigen Bedingungen, um überhaupt zu einer starken Sozialdemokratie als Repräsentantin solidarischer Lager und als Vermittlungsort solidarischer Bewegungen mit den gewerkschaftlichen Debatten um Arbeitsbedingungen und betrieblichen Kämpfen zu kommen. So könnte die SPD insbesondere Bewegungen rund um das Thema „bezahlbares Wohnen“ aufgreifen und deren Anliegen repräsentieren, wie *Kevin Kühnert* in der Gesprächsrunde mit spw betont. In Berlin hat der rot-rot-grüne Senat Mieter\*innenproteste aufgegriffen und mit dem Mietendeckel auch weitreichende Reformschritte beschlossen. Während der Proteste gegen das CETA-Abkommen, die sich u.a. gegen soziale Ungleichheit und die herrschenden ökonomischen Machtverhältnisse richteten, hat die Partei Möglichkeiten vergeben, Vertrauen zurückzugewinnen. Auch an die „Sozialismus-Debatte“ des Juso-Bundesvorsitzenden aus dem Frühjahr dieses Jahres kann die SPD anknüpfen, wenn es ihr gelingt, eine auf die Funktionsweise des Kapitalismus und soziale Kämpfe bezogene strukturelle Reformpolitik zu vertreten: Demokratisierung der Wirtschafts- und Arbeitswelt, nachhaltigere Produktions- und Lebensweise und ein solidarischer Wohlfahrtsstaat. Hierzu gehört auch, entsprechende Theorieansätze (wieder) in der Partei und in (linken) politischen Debatten zu verankern. Mit den in spw diskutierten Überlegungen zu einem sozial-ökologischen Umbau der Industriegesellschaft liegen bereits viele Ansätze

für die weitere Arbeit parat. Neben einer Strategie eines sozialen Wachstums, ökologischer Investitionen und Marktregulierung könnte z.B. der Ansatz öffentlicher, sozial-ökologischer Fonds aufgegriffen werden, um den ökologischen Umbau mit wirtschaftlicher Demokratie zu verzahnen, oder die Vergabe öffentlicher Kredite an Beschäftigte zu ermöglichen, die bei Unternehmensschließungen ihren Betrieb selbstorganisiert übernehmen. Eine aktuelle Aufgabe könnte sein, diese Ansätze wieder stärker gemeinsam mit Gewerkschaften, Umwelt- und anderen sozialen Bewegungen zu diskutieren. Der wesentliche Gegensatz kapitalistischer Verhältnisse ist nicht der zwischen Arbeit und Natur, sondern der zwischen Kapital und Arbeit – und auch der zwischen Kapital und Natur. Solche Ansätze müssten mit einer Investitionsstrategie in öffentliche Infrastruktur verbunden werden. Nicht zuletzt sollte die SPD auch wieder eine solidarische und menschenrechtsfundierte Politik für geflüchtete Menschen verfolgen.

Wir stehen heute zum einen vor teils neuen Veränderungen durch den digitalen Kapitalismus. Es bedarf der weiteren Diskussion, ob und in welcher Form tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzungen zu erwarten sind. Zum anderen sehen wir uns mit einer politischen Reaktion autoritärer gesellschaftspolitischer Lager und völkisch-rechtsextremer Parteien in Europa konfrontiert, die nicht nur eine sozial-ökologische Transformation und solidarische Politik ablehnen, sondern erkämpfte Rechte und politische Öffnungen zurückdrehen wollen. Wir müssen uns ihnen entgegenstemmen und zugleich eine solidarische und ökologische Gestaltung von Ökonomie und Gesellschaft gemeinsam mit linken Bündnispartner\*innen erarbeiten und erkämpfen.

Wenn wir also im Schwerpunkt dieser Ausgabe auf den Linkswendekongress der Jusos schauen, wollen wir keinen historisierenden oder verklärenden Blick auf die Entwicklungen innerhalb des Juso-Verbandes werfen. Vielmehr wollen wir die Entstehung der Linkswende durchleuchten als Ergebnis von Strömungskämpfen innerhalb des Juso-Verbandes und in der Sozialdemokratie einerseits und diese Kämpfe andererseits u.a. als Ausdruck gesellschaftlicher Entwicklungen der Zeit begreifen. ■